



## **Pressemitteilung**

### **Bremer Hausärzterverband fordert klare Strukturen in der Versorgung und ein Ende der vermeidbaren Mehrbelastungen**

23.10.2020, Bremen – Der Bremer Hausärzterverband fordert von der Politik klarere Strukturen für die Versorgung der Patientinnen und Patienten im Hinblick auf die anstehende Infektzeit. „Anstatt Urlauber und Gesunde zu Rachenabstrichen in die Praxen zu schicken, wäre es sinnvoller die Hausärztinnen und Hausärzte vor vermeidbaren Belastungen zu bewahren und ausreichend Impfstoffe und Schutzmaterial zur Verfügung zu stellen“, sagt Dr. Hans-Michael Mühlenfeld, Landesvorsitzender des Hausärzterverbandes Bremen.

„Die Regelungen, Entscheidungen und Auflagen sind oftmals uneinheitlich, von kurzer Dauer und unverständlich. Auch der allgemeine Aufruf von Seiten der Politik zur Gripeschutzimpfung bei gleichzeitigen regionalen Engpässen, führt in vielen Praxen zu enormen Belastungen. Ich habe im Praxisalltag nicht auch noch Zeit dafür, den Impfstoff mittels komplexer Wartelisten zu rationieren und auszurechnen, wer wann geimpft werden kann und wer nicht.“ meint Dr. Mühlenfeld. „Ähnliches gilt für die Testungen zum Ausschluss auf eine COVID-19-Infektion. Es gehört natürlich zu unseren Aufgaben, unsere Patienten hinsichtlich ihres Impfstatus zu beraten, aber eine detaillierte Kontaktverfolgung und Urlaubsberatungen sind von uns in der derzeitigen Situation nicht zu leisten. Die Versorgung, sowohl in der ersten, wie auch jetzt in der zweiten Welle der Corona Pandemie erfolgt zu 85% in den Bremer Hausarztpraxen. Wenn dieses Rückgrat der Versorgung bricht, wird es eine Querschnittslähmung des Systems geben!“

#### **Der Bremer Hausärzterverband fordert deshalb umgehend vom Bremer Senat:**

- **Sicherstellung von ausreichend kostenloser Schutzausrüstung für die Praxisteam**
- **Umgehende Entlastung von unnötigen und vermeidbaren Belastungen**
- **Separierte Pfade für COVID-19-Testungen (Fast-Track für Praxismitarbeiter und Heimpatienten, Abstrichstellen für symptomlose Menschen)**
- **Möglichkeit von telefonischen AU für 14 Tage, jeder Erkrankung und für eigene Patienten**
- **Honorar-Ausgleich für den erhöhten Arbeitsaufwand und Kosten in den Praxen**
- **Weniger, aber klarere Ansagen zum Bevölkerungsschutz**
- **Frühzeitige Einbindung der Hausärzte in die grundsätzlichen Entscheidungsprozesse zur Pandemiebekämpfung**